Wirtschaft

Homeoffice kommt meist gut an

Nur jeder Fünfte macht negative Erfahrungen

Drei von fünf Arbeitnehmern, die schon einmal im Homeoffice gearbeitet haben, stehen dieser Arbeitsform überwiegend positiv gegenüber. Das geht aus einer repräsentativen Forsa-Umfrage im Auftrag der Kaufmännischen Krankenkasse (KKH) hervor. Nur ein Fünftel der Befragten bezeichneten die Erfahrungen mit Heimarbeit demnach als überwiegend negativ.

70 Prozent aller Umfrageteilnehmer gaben an, Familie und Beruf im Homeoffice besser vereinen zu können. Ein Fünftel der Arbeitnehmer sagte zudem, dass sich das Arbeiten daheim positiv auf ihren Gesundheitszustand auswirke – vor allem durch weniger Stress. Bei ebenso vielen hat sich das Wohlbefinden allerdings auch verschlechtert.

Bei den negativen Folgen stehen Rückenschmerzen und Muskelverspannungen klar an erster Stelle: Unter allen, die von negativen gesundheitlichen Effekten berichteten, kämpft ein Drittel im Homeoffice mit verstärkten oder erstmals aufgetretenen Beschwerden in dem Bereich. Das wirkt sich auf die Fehlzeiten der Arbeitnehmer aus, wie Versichertendaten der KKH aus dem Jahr 2021 zeigen. 24 Prozent aller Fehltage führt die Krankenkasse auf Erkrankungen des Bewegungsapparates zurück. In den Vorjahren waren es rund 22 bis 23 Prozent.

Jedem fünften Berufstätigen im Homeoffice schlägt laut Umfrage die Situation auf die Seele. Niedergeschlagenheit und Depressionen haben bei den Betroffenen demnach zugenommen. Laut den KKH-Daten stieg die die Krankheitsdauer bei depressiven Episoden 2021 im Vergleich zu 2017 um 26 Prozent auf durchschnittlich 66,5 Tage.

Etwa zwei Drittel der von psychischen Erkrankungen betroffenen Berufstätigen im Homeoffice sind den Angaben zufolge Frauen. „Meistens sind es immer die Frauen, die sich neben ihrem Job um die Kinder und den Haushalt kümmern“, sagte KHH-Wirtschaftspsychologin Antje Judick.

Laut Forsa leiden berufstätige Singles im Homeoffice außerdem stärker als Menschen, die in einer Partnerschaft leben. Denn mit dem fehlenden sozialen Austausch im Büro fällt eine wichtige Ressource für das psychische Gleichgewicht weg. *(dpa)*

Per App das Geld anlegen

Online wird es immer einfacher, ein Depot zu eröffnen. Doch oft fehlt es an seriöser Beratung

THERESA DRÄBING

Geld anzulegen, wird immer einfacher. Sogenannte Neobroker ermöglichen es mit zwei, drei Klicks, online ein Depot zu eröffnen und einen Sparplan abzuschließen oder Einzelaktien zu kaufen. Eine umfangreiche Beratung, was man da gerade gekauft hat? Fehlt in der Regel.

Gerade Berufsanfänger, junge Erwachsene, die „Generation Y“ von heute, kennt den klassischen Bankberater kaum noch. Die erste Bank war vielleicht schon eine Direktbank ohne Filialanschluss, die zweite eine komplette Neobank, bei der das Konto auf dem Smartphone abgeschlossen wurde. Für den Vermögensaufbau und die Altersvorsorgeplanung bleibt dann häufig nur die Option: selber machen.

Zwar gibt es online massenhaft Informationen über Finanzprodukte und den vermeintlich richtigen Weg, um mit seinem schmalen Geldbeutel Vermögen aufzubauen. Google trägt Suchende zu tausendfach geklickten Erklärvideos auf YouTube oder unzähligen Websites mit „Finanzen“ im Namen. Um eine individuelle Beratung, zugeschnitten auf die eigene Lebenssituation und Einkommensverhältnisse, geht es dabei aber nicht.



SASCHA JAECK

Digitale Anbieter

In diese Lücke wollen jetzt immer mehr digitale Anbieter stoßen. So stehen beispielsweise die Finanzbildungs-Fintechs Heyfina oder Uplyvt in den Startlöchern. Die App Forget Finance ist seit wenigen Wochen freigeschaltet. Nutzer können über die App eine Finanzberatung buchen. 60 Euro kostet das im Jahresabo, wenn man sich per Chat und Video von einem Finanzberater „coachen“ lassen will, wie Mitgründer Konradin Breyer es ausdrückt. Breyer ist zertifizierter Finanzanlagenvermittler und berät selbst. Alternativ gibt es auch einen Bot, eine künstliche Intelligenz, mit der Nutzer kostenfrei chatten können. Im Anschluss steht die Möglichkeit zum Kauf eines Finanzprodukts, auch das ist Teil der App. Dafür arbeitet Forget Finance mit dem digitalen Vermögensverwalter Evergreen zusammen, der direkt in die App integriert ist.

Kommt es zu einem Abschluss, bezieht Forget Finance eine Provision. Daneben arbeitet das Fintech mit über 80 weiteren Partnern zusammen: Banken, Vermögensverwaltern, Versicherern. Auch wenn hier ein Kunde weitervermittelt wird, profitiert Forget Finance. „Die Gebühren sind minimal“, sagt Breyer. So erhebe Evergreen beispielsweise 0,95 Prozent Fondsgebühren, darin ist der Provisionsanteil für das Start-up bereits enthalten.

Am Anfang stehe aber vor allem die Beratung im Fokus. „Wir wollen Kunden erreichen, die noch unsicher sind, die sich zum Beispiel fragen, wie hoch die Sparrate sein sollte, bevor es gleich um die Eröffnung eines Depots geht“, sagt Breyer. Doch wie gut kann so eine Beratung sein? Oder anders gefragt: Worauf kommt es bei einer guten Finanzberatung an?

„Eine gute Finanzberatung ist vor allem eines: schwierig zu finden“, sagt Britta Langenberg, Leiterin im Team Verbraucherschutz bei der Bürgerbewegung Finanzwende. Neben einer guten Ausbildung und Expertise des Beraters müsse er unabhängig beraten können. Das meine vor allem auch frei von finanziellen Interessenkonflikten. Die lägen vor, wenn Provisionen fließen, wenn Berater nur Geld bekommen, wenn sie bestimmte Produkte verkaufen. Das ist bei Vermittlern der Fall, aber auch bei Banken. So wie ein Allianzvertreter nur Allianzprodukte verkauft, bekommen Sparkassenkunden nur Produkte von Partnern der Sparkasse empfohlen. Für Apps gelten die gleichen Maßstäbe. Ein Berater, der vollständig im Kundeninteresse berät, müsse auch sagen können, dass vielleicht gerade gar kein Vertrag sinnvoll sei, so Langenberg.

Leisten können sich das in der Regel nur Honorarberater. Denn die finanzieren sich allein durch die Beratung, nicht aber durch Provisionen. Eine einmalige Beratung zur Geldanlage kostet nach der Gebührenordnung des Bundesverbands unabhängiger Honorarberater 1187 Euro. Das klingt extrem viel, wenn im Vergleich eine Finanzberatungsapp ein Jahresabo für 60 Euro anbietet oder die Beratung bei der Hausbank um die Ecke erst einmal gar nichts kostet. Christian Hagemann vom Bundesverband unabhängiger Honorarberater warnt aber vor diesem Trugschluss: „Sobald jemand einen Riestervertrag bei einem Finanzvermittler abschließt, ist da auch eine Provision von deutlich über 1000 Euro enthalten.“ Die Kosten seien nur versteckt.

Unabhängig und günstig

Wie also sich unabhängig beraten lassen und trotzdem günstig? Nicht nur bei Vermittlern geht der Trend zur Onlineberatung, auch in der Honorarberatung werden Onlinelösungen geschaffen. Hagemann entwickelt derzeit mit seiner Beratungsfirma ein digitales Angebot. „Auch wir sehen, dass Finanzberatung ja insbesondere für junge Leute interessant ist, die zum einen meist weniger Geld haben, um sich eine unabhängige Beratung leisten zu können und zum anderen vorwiegend digital unterwegs sind“, so Hagemann. Seiner Ansicht nach könne vor allem der Anfangsprozess einer Beratung stark digitalisiert werden – der Teil in dem es um die Abfrage der Lebens- und Vermögenssituation geht. Infolge seien 200 bis 400 Euro als Honorar realistisch.

Verbraucher müssen letzten Endes unabhängig von den Kosten offline wie online die Augen offen halten: Ist der Berater wirklich unabhängig? Wie finanziert er sich? Ein erstes Anzeichen für Unabhängigkeit kann die Bezeichnung Berater anstatt Vermittler sein. Aber auch das gibt noch keine hundertprozentige Sicherheit. Denn „Honorarberater“ ist keine geschützte Bezeichnung.

„Eine gute Finanzberatung zu finden, bleibt schwierig“, so Langenberg.

Kritik an russischen Zwangstests

Warnung vor Rückzug deutscher Firmen

Die deutsche Wirtschaft in Russland warnt auch angesichts der medizinischen Zwangstests für Manager und andere Ausländer vor einer „massiven Abwanderung“ von Unternehmen. Schon jetzt gebe es einen Trend zum Rückzug, wie aus Angaben der deutsch-russischen Auslandshandelskammer (AHK) hervorgeht. Die Zahl der deutschen Unternehmen in Russland ist demnach 2021 um acht Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Als Gründe wurden neben der Einführung medizinischer Zwangsuntersuchungen für Ausländer auch die in der Ukraine-Krise drohenden neuen Sanktionen des Westens gegen Russland und die Angst vor einem Krieg in Europa genannt.

Aktuell seien noch 3651 Firmen mit deutschem Kapital im flächenmäßig größten Land der Erde tätig, hieß es unter Berufung auf Angaben der russischen Steuerbehörde. In den vergangenen rund zehn Jahren seien 42 Prozent der Unternehmen abgezogen – 2011 habe es noch 6300 Firmen mit deutschem Kapital in Russland gegeben.

„Die Kriegsangst rund um die Ukraine-Krise, drohende neue Sanktionen und diskriminierende Zwangstests für Topmanager und Ingenieure stellen ein massives Risiko und Ärgernis dar“, sagte am Samstag Matthias Schepp, Vorstandsvorsitzender der AHK und Delegierter der Deutschen Wirtschaft in Russland.

Nach einem vom russischen Präsidenten Wladimir Putin unterschriebenen neuen Gesetz müssen sich Ausländer mit längeren Aufenthaltszeiten aufwendigen medizinischen Untersuchungen unterziehen, um in dem Land zu arbeiten. Ausländer in Russland sollen demnach regelmäßig auf Drogenkonsum und Infektionskrankheiten wie HIV, Syphilis, Tuberkulose und Covid getestet werden. Neben Blut- und Urinproben müssten sich auch Kinder ab sechs Jahren und Ehepartner alle drei Monate Röntgentests mit hoher Strahlenbelastung aussetzen. Vorgeschrieben sind auch Gespräche mit Psychologen.



Die Regierung in Moskau hat Zwangstests für Ausländer verordnet. IMAGO

Der AHK zufolge wächst die Empörung unter deutschen Firmen über das im Dezember in Kraft getretene Gesetz. Deutsche Manager hätten in Briefen an die AHK von „Zuständen wie in Filmen aus Gulagzeiten“ mit stundenlangen Wartezeiten und mangelnder Einhaltung von Corona-Vorschriften unter Hunderten Gastarbeitern in einem Testzentrum unweit von Moskau berichtet. Zehn ausländische Wirtschaftsverbände haben nach Angaben der AHK einen Brief an die russische Regierung verfasst - mit der Forderung, die „diskriminierende Regelung“ zu kippen oder abzumildern.

Auch andere ausländische Wirtschaftsverbände kritisieren das neue Gesetz als investitionsschädlich. Die US-Botschaft in Moskau nannte das Gesetz „fremdenfeindlich“. Menschenrechtler kritisieren die Zwangsuntersuchungen als einen Angriff auf das Recht auf die Selbstbestimmung über den eigenen Körper. *(dpa)*

Abschied vom Diesel bis 2040

Pläne der Deutschen Bahn

Die Deutsche Bahn will bis zum Jahr 2040 Dieselkraftstoffe vollständig aus ihrer Flotte verbannen und ersetzen. „Unsere 3000 Dieselfahrzeuge sind bereits ab diesem Jahr nach und nach mit alternativen Kraftstoffen unterwegs“, teilte Bahnchef Richard Lutz mit. „Neben der Umstellung auf 100 Prozent Ökostrom ist die schrittweise Abschaffung des Diesels bis 2040 eines unserer zentralen ökologischen Vorhaben.“

Der Konzern setzt dabei eigenen Angaben zufolge unter anderem auf Biokraftstoffe, die aus Rest- und Abfallstoffen hergestellt werden sollen. Auf diese Weise stehe die Herstellung nicht in Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion. Vorhandene Dieselmotoren müssten dafür nicht umgerüstet werden.

Neufahrzeuge sollen künftig nur noch mit Wasserstoff- oder Batterieantrieb angeschafft werden. *(dpa)*

Gastgewerbe befürchtet weiteren Personalschwund

In Berlin ist jeder dritte Beschäftigte der Branche in Kurzarbeit

JOCHEN KNOBLACH

Omikron hat die Zahl der Kurzarbeitenden in Deutschland zu Jahresbeginn wieder stark ansteigen lassen. Befanden sich im Dezember etwa 780.000 Menschen in Kurzarbeit, so waren es nach Angaben des Münchener Ifo-Instituts im Januar 900.000 Menschen. Besonders waren das Gastgewerbe sowie der Einzelhandel von der Zunahme der Kurzarbeit betroffen. Im Gastgewerbe arbeiteten im Januar 240.000 Menschen kurz. Das sind 150.000 Kurzarbeitende mehr im Monat zuvor. Im Einzelhandel stieg die Zahl um 45.000 auf 120.000 Beschäftigte.

Die Forscher stützen ihre Schätzung auf eigene Umfragen und Zahlen der Bundesagentur für Arbeit. Denn tatsächlich nennt die Bundesagentur monatsaktuell nur die Zahl der Anmeldungen für Kurzarbeit, die der tatsächlich Kurzarbeitenden erst mit einigen Monaten Verspätung. Allerdings bestätigen die Arbeitsagenturen den Trend. Auch für den Januar hatten sie eine Zunahme der Kurzarbeitsanzeigen vermeldet. In Berlin waren es 928 Betriebe für 11.437 Beschäftigte. Im Dezember hatten noch 374 Betriebe für etwa 4000 Personen Kurzarbeit angezeigt.

Vor allem im Berliner Gastgewerbe hat die Kurzarbeit zugenommen. Denn während laut Ifo-Analyse bundesweit etwa jeder vierte Beschäftigte in dieser Branche in Kurzarbeit war, liegt dieser Anteil nach Angaben des Branchenverbands Dehoga in der Stadt bei 36 Prozent. „Das sind etwa 30.000 Menschen“, sagt Dehoga-Regionalchef Thomas Lengfelder und rechnet mit einer weiteren Zunahme. Laut einer Umfrage hätten 48 Prozent der Unternehmen bereits im Januar Kurzarbeit für ihre Beschäftigten angemeldet, 55 Prozent hätten dies für Februar geplant. Dabei sind insbesondere die Berliner Hoteliers von Umsatzeinbrüchen betroffen. Sie beklagen Rückgänge um 60 Prozent gegenüber Januar 2019. In einigen Hotels liegt die Auslastung unter zehn Prozent. In der Gastronomie hat man fast die Hälfte der Umsätze verloren. „Zwei von drei Betrieben sehen sich in der Existenz bedroht“, sagt Lengfelder.

Die Branche hofft nun auf den Neustart. Die Vorbuchungen in den Hotels stimmten zuversichtlich, sagt der Berliner Dehoga-Chef. Allerdings wächst mit dem erneuten rasanten Anstieg der Kurzarbeit auch die Sorge, dass zum ersehnten Neustart nicht mehr genug Personal an Bord ist. Nach Angaben des Amts für Statistik Berlin-Brandenburg war die Zahl der Beschäftigten im Berliner Gastgewerbe von November 2019 bis November 2021 bereits um fast 25 Prozent zurückgegangen. Viele haben die Branche verlassen, weil sie dort keine Perspektive mehr sahen und Kurzarbeit von dem ohnehin knappen Lohn zu wenig zum Leben ließ. Zudem fehlte oft das Trinkgeld.

„Wir hatten zum Jahresende einen Rückgang der Abwanderungen“, sagt Sebastian Riesner, Berlin-Chef der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten. Nun werde die Zahl wieder massiv ansteigen. Der Grund: Wer zuletzt vier Monate nicht in Kurzarbeit war und nun wieder dort hineinrutscht, startet wieder bei 60 Prozent des Nettolohns. „Damit werden viele nicht mehr über die Runden kommen“.

Tatsächlich ist es für viele Unternehmen der voraussichtlich letzte Kampf. Laut Lengfelder seien die finanziellen Reserven der meisten Unternehmer nach zwei harten Jahren aufgebraucht, doch wer könne, stocke das Kurzarbeitergeld seiner Mitarbeiter auf, um sie zu halten. „Die Betriebe kämpfen um ihre Leute“, sagt der Dehoga-Chef. Er hofft: „Ende März, Anfang April geht es wieder aufwärts.“